linKS zeitung

*Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament* Jg. 5 1/11

## FINANZEN

# Reichtum besteuern statt Schuldenbremse

**Bund, Länder und Kommunen erreichen neue Rekordschuldenstände. Die Schulden der Stadt Kassel betragen zur Zeit etwa 700 Millionen Euro. Allein 28 Millionen Euro sind im städtischen Haushalt 2011 für Zinszahlungen eingeplant.**

Angesichts solcher Zahlen lassen die Medien wieder die Schuldenuhr ticken und ängstigen die Bevölkerung mit einer angeblich drohenden Staatspleite.




### Neben jede Schuldenuhr müsste eine Vermögensuhr gestellt werden

Das Entscheidende wird dabei unterschlagen: der private Reichtum ist die Kehrseite der öffentlichen Schulden. Die Schulden der einen sind die Geldvermögen der anderen. Die Geldvermögen in Deutschland sind auf neuem Höchststand angelangt, bei fast 5 Billionen Euro. Damit betragen sie etwa das Dreifache der öffentlichen Schulden. Dieser enorme Reichtum ist allerdings extrem ungleich verteilt, er liegt in den Händen von Wenigen. Zwei Drittel der Erwachsenen verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Damit verfügt das andere Drittel über nahezu das gesamte private Geldvermögen.

Die öffentlichen Schulden sind eine der Quellen dieses privaten Reichtums, denn die Zinsbelastung der öffentlichen Hand sind zugleich Zinsgewinne der Anleger - eine zuverlässige Geldpumpe zugunsten der Vermögenden.

### Der Ruf nach der Schuldenbremse

Eben noch wurden mit dem 500-Milliarden-Schutzschirm für die Banken die Staatsschulden nach oben getrieben und jetzt wendet sich die Regierung mit der Botschaft ans Volk, so gehe es nicht weiter, ab jetzt dürfe es keinen Euro an Neuverschuldung mehr geben.

CDUFDPSPDGRÜNEN möchten eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung. Die Kasseler CDU will gleich noch eine kommunale Schuldenbremse oben drauf setzen.

Soll jetzt der Geldhahn für die Anleger in Staatsanleihen abgedreht werden? Planen sie einen Anschlag auf die Geldvermögen? Wollen sie das Aus für die Kreditwirtschaft, ohne die der real existierende Kapitalismus nicht funktioniert? Das wäre eine verkehrte Welt. Doch worum geht es wirklich?

Die Schuldenbremse in der Verfassung liefert den Vorwand für weiteren Personalabbau, für die Verweigerung von Lohnerhöhungen, für den forcierten Sozialabbau. Die Schuldenbremse erhöht den Druck auf die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wenn die Stadt die Schulsanierung nicht mehr finanzieren kann, weil die Schuldenbremse sie knebelt, dann müssen eben Private ran. Das wird wohlklingend Public-Private-Partnership genannt. Die privaten Partner nehmen die nötigen Kredite auf, sanieren die Schulgebäude, die Stadt zahlt dann Miete für ihre ehemals eigenen Schulen und mit der Miete bindet sie sich auf Jahrzehnte und bezahlt nicht nur die Zinsen sondern auch die Gewinne dieser Investoren. Das führt auf die Dauer zu einer noch stärkeren Belastung des Haushalts.

Der wahre Zweck der Schuldenbremse ist die Senkung der Staatsquote. Die öffentlichen Haushalte sollen geschrumpft werden, der Anteil des öffentlichen Eigentums soll zurückgefahren werden, damit die nächste Runde der Steuersenkung zugunsten der Reichen in Gang gesetzt werden kann.

Die Befürworter der Schuldenbremse tun so, als hätten wir über unsere Verhältnisse gelebt, als ginge es ihnen um die Handlungsfähigkeit und das Wohlergehen der Stadt und ihrer BürgerInnen.

### Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt?

Ein Blick auf Kassel zeigt, dass die Löcher im Haushalt in erster Linie nicht durch zügelloses Verhalten bei den Ausgaben entstehen, sondern weil die Einnahmen wegbrechen.

Die ‚Jahrhundertsteuerreform' von Hans Eichel (SPD) hat Kassel ein Minus von 180 bis 200 Millionen Euro beschert.

Auf der Ausgabenseite wird schon seit Jahren gekürzt, gedeckelt und gespart. Das Personal im öffentliche Dienst wurde in der Vergangenheit systematisch abgebaut - auch in Kassel. Die Einrichtung von Kitaplätzen für Unter-Dreijährige hinkt

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

hinter dem Plan und dem Bedarf her. Dabei brauchen wir dringend mehr ErzieherInnen in den Kindertagesstätten, eine bessere Kinderbetreuung. Bildung von Anfang an ist die beste Zukunftsinvestition.

**Der falsche Sparkurs wird langfristig teuer**

Der Anteil der öffentlichen Investitionen an der gesamten Wirtschaftsleistung geht zurück oder stagniert - auch in Kassel. Kassel investiert seit Jahren deutlich weniger in den Erhalt der Gebäude, der Straßen und der öffentlichen Einrichtungen, als nötig wäre. Das rächt sich bitter und wird am Ende teuer, wie man am Kassels Bäderdesaster sehen kann.

Werden Kinder nicht rechtzeitig gefördert, scheitern Jugendliche in der Schule oder in der Ausbildung. Werden Arbeitslose nicht fortgebildet und qualifiziert, wird das am Ende auch teuer.

**Streichen bei den Prestigeprojekten**

Es gibt jedoch auch Projekte, bei denen das Geld erstaunlich locker sitzt - Prestigeprojekte, die zu Schlüsselinvestitionen für die Zukunft hochgejubelt werden.

Zum Beispiel die zur Zeit offenbar gescheiterte Multifunktionshalle mit 11 Millionen Euro Zuschuss aus der Stadtkasse plus langfristiger Mietzahlungen an den Investor.

Das Lange Feld mit Entwicklungskosten von 60 Millionen Euro.

Der Flughafen-Neubau (zur Zeit 18 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt und mindestens 220 Millionen aus den öffentlichen Kassen.)

Solche Projekte laufen außerhalb des normalen Investitionsrahmens oder wie beim Auebad gleich außerhalb des Haushalts. Da handelt OB Hilgen mit dem Regierungspräsidenten Sondergenehmigungen aus. Da ist dann keine Rede mehr von Schuldenbremse.

Diese Prestigeprojekte werden vorangetrieben, obwohl sie den städtischen Haushalt langfristig belasten und obwohl zuverlässige Kosten-Nutzen-Betrachtungen fehlen.

Wir haben als einzige Fraktion klar und konsequent gesagt: hier muss man ansetzen! Diese Verschwendung öffentlicher Mittel muss gestoppt werden! Hier sind die kommunalen Spielräume, um in Bildung und soziale Gerechtigkeit zu investieren und Schulden zu vermeiden.

**Es gibt Alternativen: Vermögenssteuer statt Schuldenbremse**

Ein Versuch, die Stadt durch Kürzung der Ausgaben zu entschulden, ist völlig absurd. Die Stadt kann sich nicht selbst strangulieren - sie muss in Bildung investieren und für soziale Sicherung sorgen, sie muss ihre Gebäude, Straßen, Einrichtungen und kommunale Unternehmen erhalten.

Das ist finanzierbar, wenn die Politik der fortgesetzten Steuergeschenke an die Reichen und Unternehmen beendet wird. Große Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne müssen wieder stärker besteuert werden.

Die Vorschläge zur Steuergerechtigkeit der Gewerkschaft ver.di würden jährlich etwa 55 Milliarden Euro mehr an Staatseinnahmen bringen. Damit können die Kommunen handlungsfähig gemacht werden. So kann auch ein Entschuldungsprogramm für Kassel finanziert werden.

Norbert Domes

## Städtische Werke Rückkauf

Vor ungefähr 10 Jahren hat die Stadt 24,9% der Städtischen Werke verkauft. Dieser Anteil wurde später vom Energiekonzern Vattenfall geschluckt. Für die Entschuldung der Stadt haben die 55 Mio. Euro Einnahmen nicht geholfen.

Das sparte in den Folgejahren zwar einiges an Zinsen, dafür gingen erhebliche Gewinnanteile an Vattenfall. Unterm Strich ein Verlust für die Stadt. Ein kurzes Strohfeuer beim einmaligen Schuldenrückgang, das weit mehr als aufgefangen wird durch erneutes Ansteigen des Schuldenberges aufgrund der Steuerreform von Hans Eichel, die der Stadt Einnahmeverluste in Höhe von 200 Millionen Euro bescherte.

Wer hat aus dieser Privatisierung etwas gelernt? Von den Verantwortlichen in der Stadtpolitik jedenfalls niemand. Während vor 5 Jahren Hilgen noch mit dem Wahlversprechen „keine weiteren Privatisierungen“ durch die Straßen zog, war eines der ersten Projekte von ihm und Dr. Barthel direkt nach der Wahl 2006 weitere Anteile der Städtischen Werke zu verscherbeln.

Der außerparlamentarische Druck, den wir nach Kräften unterstützt und in die Stadtverordnetenversammlung getragen haben, konnte die Beiden ausbremsen. Wer aber glaubte, dass sie ihre Lektion jetzt endlich gelernt hätten, sieht sich getäuscht. Als Vattenfall sich anschickt, seinen Anteil zu verkaufen, betreiben die Beiden den Weiterverkauf an die Konkurrenz, statt die Chance für einen Rückkauf zu nutzen. Das wäre locker zu finanzieren gewesen, weil die Gewinne aus den zurückgekauften Anteilen klar über den Zinsen gelegen hätten, die für die geliehenen Millionen zum Rückkauf notwendig gewesen wären. Wir stellen fest: Chance vertan.

# Sozialkompass 3.0

**Bereits in seiner 3. Auflage ist der neue Kultur- und Sozialkompass der Kasseler Linken erschienen.**

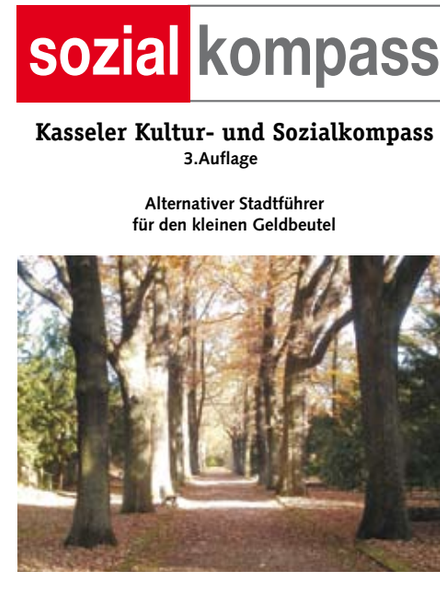
Nach einer ausgiebigen Überarbeitung und Aktualisierung liegt der Leitfaden für Menschen mit kleinem Geldbeutel in ergänzter und erweiterter Form vor. Wieder finden sich zahlreiche Tipps und Informationen unter den Rubriken Essen, Kleidung, Einkaufen, Bildung, Kultur und Freizeit sowie Beratung, Hilfe, Befreiungen und Ermäßigungen.

Die große Nachfrage nach den vorherigen 2 Ausgaben hat gezeigt, dass der Kasseler Sozialkompass einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben auch für Menschen mit wenig Geld zu unterstützen. „Der Kompass ist auch eine Ermunterung, sich für die eigenen Rechte und Interessen einzusetzen“, so Kai Boeddinghaus, OB-Kandidat der Kasseler Linken.

Zu bekommen ist der Sozialkompass im Büro der Kasseler Linken im Rathaus, im Büro der Partei Die Linke in der Schillerstraße 21 und auf den Wahlinformationsständen der Kasseler Linken in den kommenden Wochen.

Für InternetnutzerInnen gibt es auch die Möglichkeit, den Sozialkompass auf der Seite der Kasseler Linken herunter zu laden:

www.kasseler-linke.net/sozialkompass



## DIE GRÜNEN KASSEL

# Zu viele faule Kompromisse für zwei Magistratssessel

**Früher war es nicht die schlechteste Option, den Grünen in Kassel die Stimme zu geben. Aber so wie es heute nicht mehr sinnvoll ist, die Grünen im Bund oder irgendeinem Bundesland zu wählen, so ist es längst nicht mehr „öko-logisch", auf die Grünen hier in Kassel zu setzen.**

Im Bund halfen sie mit, den Krieg auf und im Balkan zu entfesseln, genauso wie sie bei der Offensive gegen die Armen und Arbeitslosen im eigenen Land den Genossen von der SPD willfährig zur Hand gingen und Hartz IV zur traurigen Realität machten. Alles in enger Umarmung mit, Sie erinnern sich, Herrn Gerhard Schröder, heute Gazprom. In Hamburg waren sie bis vor Kurzem noch mit der CDU zugange, genauso so wie im Saarland. Auch mit den Lobby-Extremisten der FDP findet man die Grünen auf der Regierungsbank. Das ficht den heutigen Grünen alles nicht mehr an. Stinkende Kraftwerke, neue Flughäfen, Autobahnen - alles kein Problem. Und den Faulenzern in der „sozialen Hängematte" kann auch schon mal der Hosenboden stramm gezogen werden. Hauptsache die Anzahl der MinisterInnensitze stimmt.

### Grüne Postenjagd

Genauso ist das in Kassel auch. Seit Anne Janz den einen Sitz im Magistrat innehat und jetzt auch noch Baudezernent Lohse mit grünem Ticket Nachfolger von Witte geworden ist, muss vieles gemacht, durchgezogen und vertreten werden, was eigentlich nicht auf einen grünen Speisezettel, eine grüne Agenda gehört.

Wir wollen den geneigten Wählern der Grünen - damit sie es sich vielleicht noch mal überlegen - eine kleine Erinnerungshilfe mit in die Wahlkabine geben. Die grüne Erfolgsbilanz ist nämlich keine. Vielmehr versteckt sich in dem, was die Grünen in Kassel in den vergangenen Jahren mitgemacht bzw. nicht aktiv verhindert haben, Vieles, was in keine grüne Programmatik passt.

### Geldversenken mit den Grünen

Verbal haben die Grünen den Flughafen in Calden abgelehnt. Wenn's drauf ankam, haben sie jedoch für die Haushalte, in denen das Projekt verankert war, die Hand gehoben. Mit gefangen, mit gehangen, sagt der Volksmund.

### Kombibad in der Grünen Aue

Das falsche Bad an der falschen Stelle im Stadtgebiet wurde von den Landtagsgrünen heftig bekämpft, von den hiesigen Grünen jedoch toleriert. Nur damit keine schlechte Stimmung in der Koalition aufkam, in der ja auch Dr. Barthel sitzt, der die vorangegangene rosa-grüne Koalition noch mit faulen Tricks zu Fall brachte. Dass das Spaßbad in der Aue eine gleichermaßen grandiose wie fatale Fehlentscheidung ist, werden wir alle noch sehen.

### Keine Umweltpolitik mit den Grünen

Bei Bebauungsplänen und speziellen Bauprojekten, die eigentlich besonders geeignet sind, grüne Programmatik zu befördern, enttäuschten die Grünen auf der ganzen Linie. Statt in allen Bebauungsplänen hohe Umweltstandards durchzusetzen, stimmten sie mehrfach gegen Anträge der Fraktion der Kasseler Linke, die genau das zum Ziel hatten. Dafür haben sie sich über Jahre für ein Pseudo-Öko-Projekt an der falschen Stelle im Stadtgebiet - in Oberzwehren an der Bahntrasse - engagiert, das in seinen Zielsetzungen aber auch weit hinter inzwischen praktizierten ökologischen Baustandstandards zurückbleiben sollte. Inzwischen ist das Projekt eingestampft und aufgegeben.

### Gewerbe auf der Grünen Wiese

Bei der Gewerbeentwicklung des Langen Feldes, wo es seitens der Grünen auch immer wieder Kritisches zu hören gab und wo sie sich im Koalitionsvertrag mit der SPD auf keine Absprachen eingelassen haben, wurde von den Grünen nichts Konkretes unternommen, um das Projekt zu ver- oder behindern. Die letzte grüne Aktion zugunsten des Langen Feldes: Die Grünen lehnten den Haushaltsänderungsantrag der Kasseler Linken ab, der zum Ziel hatte, 3 Mio. Euro für Grundstücksankäufe im Langen Feld zu streichen. Wer dieses Projekt ablehnt, muss entsprechend handeln. Immer nur dicke Backen machen und pseudokritisch daher zu reden, reicht halt nicht. Hätte der neue grüne Baudezernent vor, zusammen mit einer starken grünen Fraktion (unterstützt von der Kasseler Linken), eine umweltpolitische Zeitenwende in Kassel einzuläuten, hätte er zumindest dieses Projekt auf den Prüfstand gehoben. Und mit einem Beschluss, keine weiteren Grundstücke anzukaufen, hätte sehr wirksam ein Moratorium eingeleitet werden können. Leider: Fehlanzeige!

### Mit dem Auto ins Grüne

Beim Umbau der Kreuzung Loßbergstraße wird deutlich, dass die Grünen keine Vision mehr zur umweltfreundlichen Mobilität im Großraum Kassel entwickeln können. Eine Aktualisierung oder Neuauflage eines Generalverkehrsplans? Fehlanzeige! Dass in Kassel nach wie vor an mehr oder weniger großen Verkehrsprojekten gestrickt wird, die ohne Ableitung aus einer übergeordneten Planung realisiert werden, wundert den kritischen Betrachter daher nicht. Auch hier hätte man von einem grünen Baudezernenten durchaus erwarten können, dass er sich dem autogerechten Umbau dieser großen Kreuzung widersetzt. Umweltfreundliche Mobilitätspolitik sieht anders aus.

E. Jochum




*Kombibad Baustelle in der Aue*

## HARZ IV BETRUG

# Was - Herr Hilgen - ist entwürdigend? Und was ist Stilbruch?

**Bleiben wir zuerst bei der deutschen Sprache. „Entwürdigend“ ist ein Benehmen, eine Behandlung oder ein Zustand dann, wenn die Würde eines Menschen verletzt wird.**

Per HNA und per Hauspost lässt der amtierende Oberbürgermeister kundtun, die Anzeige von Kai Boedinghaus (Fraktion Kasseler Linken) gegen Dr. Barthel und Herrn Ruchhöft wegen des in Kassel praktizierten „HARTZ IV“ Betrugs sei „entwürdigend“. Wir sind der Meinung, dass mit diesem Vorwurf, „entwürdigend“ zu handeln, die Wahrheit und die Fakten auf den Kopf gestellt werden, absichtlich und wider besseres Wissen.

Wie inzwischen aktenkundig ist, hat die Stadt Kassel, unter der Regie des unsozialen Sozialdezernenten Dr. Barthel über Jahre - gegen Recht und Gesetz - die Armen und Bedürftigen der Stadt, die Empfänger von Sozialleistungen und HARTZ IV, mutwillig, ungerechtfertigt und eiskalt Teile der Kosten für Miete und Unterkunft (KdU) gekürzt bzw. einbehalten. Selbst die HNA konnte und kann an den beschämenden Fakten nicht mehr vorbei und hat darüber inzwischen mehrfach ausführlich berichtet. Sie kam deshalb nicht umhin, weil es sich um klaren Rechtsbruch handelte. Aber auch die sozialdemokratischen Mitglieder im von der Kasseler Linken beantragten Untersuchungsausschuss - beides Juristen – mussten auf Distanz zu ihrem Unsozialdezernenten gehen. Inzwischen wird, dank unserer Fraktion, den Anspruchsberechtigen das ausgezahlt, was ihnen nach dem Gesetz zusteht - und das ist wenig genug.

Was aus der Anzeige der Kasseler Linke gegen Dr. Barthel und den Leiter der AFK (jetzt Jobcenter), Herrn Ruchhöft, wird, entscheidet hierzulande die Justiz. Wir sind, wie viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt, schon jetzt der Meinung: Wenn ein Oberbürgermeister, der selbst Jurist ist, den Mann in seinem Magistrat zum Sozialdezernenten macht, der sich nicht schämt, sondern sich sogar noch damit brüstet, im Sozialetat erfolgreich Millionen einzusparen, dann darf er sich nicht wundern, dass das nicht alle im Parlament mitmachen. Die Stadtverordentenversammlung ist nämlich nicht da zur Akklamation, vielmehr und unter anderem zur Kontrolle des Magistrats.

In dieser Geschichte verdient ein Vorgang besondere Beachtung. In der tausendfach aufgelegten und aus Steuergeldern finanzierten Zeitung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Kassel findet sich ein Artikel mit dem Titel „Empörung über Strafanzeige“. Während sonst peinlich darauf geachtet wird, dass kommunale Steuergelder nicht für parteipolitische Werbung und Wahlkämpfe missbraucht werden, nutzt hier der Verwaltungschef, OB Hilgen, die steuerfinanzierte Zeitung, um gegen die Kasseler Linke Stimmung zu machen.

In der Zeitung schreibt OB Hilgen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die „Stillosigkeit“ der Anzeige gegen einen Behördenleiter und seinen politischen Chef, Herrn Dr. Barthel „irritiert“ seien. Besonders wird die „Kriminalisierung“ moniert. Anlass der oberbürgermeisterlichen Äußerungen ist ein Schreiben der Amtsleiter der Stadt an den OB, in dem sie kritisieren, dass durch die Anzeige der Kasseler Linken ein Teil des Organs der kommunalen Selbstverwaltung kriminalisiert würde und öffentlich Schaden nähme.

Die Kasseler Linke hat ein mutmaßlich vorsätzlich rechtswidriges Vorgehen der Behörden und der zuständigen politischen Leitung angezeigt. Das ist in einem Rechtsstaat ein völlig normaler und in dieser Situation sogar zwingend gebotener Vorgang und keine Kriminalisierung. Denn auch behördliches Handeln und die politische Leitung sind an Gesetze gebunden und stehen nicht über den Gesetzen. Wenn also Verantwortliche einer Behörde und deren politische Leitung mutmaßlich vorsätzlich Recht brechen, so nimmt das Organ der kommunalen Selbstverwaltung nicht dadurch Schaden, dass diese Verantwortlichen angezeigt werden, sondern dadurch, dass sie den Rechtsbruch begangen haben.

Zur Klärung: Herr Ruchhöft ist nicht als Amtsleiter angezeigt (falls einer der empörten Amtsleiter vor so etwas Angst gehabt haben sollte), sondern als Chef der AFK, des Jobcenters. Und was ist eigentlich los im Rathaus, bei den hochbezahlten Beamten des Hauses? Finden sie wirklich, dass sich die Linken einen „Stilbruch“ haben zuschulden kommen lassen? Oder ist es nicht vielmehr so, dass aller Grund besteht, sich über Herrn Dr. Barthel zu empören, der auf dem Rücken der Armen gespart und dabei Gesetze gebrochen hat!

Um den Anfang des Artikels wieder aufzunehmen: Wer verhält sich „entwürdigend“? Derjenige, der Klage erhebt gegen die unsoziale Behandlung von Armen oder derjenige, der von dem Wenigen, was den Bedürftigen von gut gestellten Politikern gerade mal so zum Leben und Wohnen zugestanden wird, noch etwas wegnimmt? Diese Frage mögen die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

Und wer nicht möchte, dass nach dem 1. Juli 2011, denn nur solange wollen sich die Stadt und Dr. Barthel jetzt erst einmal nach den Regeln des Gesetzes verhalten und die KdU korrekt auszahlen, d.h. nicht mauscheln und mit Pauschalen tricksen, der muss dafür sorgen, dass unsere Fraktion nach dem März 2011 stark wird. Auf alle anderen ist kein Verlass!

E. Jochum



## ERFAHRUNGSBERICHT

# Untergang im Sozialausschuss

**Drama in 3 Akten. Wer wissen will, wie in Kassel Sozialpolitik gemacht wird, dem rate ich: Besuchen Sie einmal eine Sitzung des Sozialausschusses im Rathaus. Die Themen sind interessant: Kosten der Unterkunft, Bürgerarbeit, Sozialpass.**

**Die Bühne:**

Die Sitzungen sind öffentlich. Allerdings sind die Stühle für die Öffentlichkeit sehr knapp bemessen. Parteiweise sortiert sitzen die Spezialisten für Soziales am Tisch. Auf der einen Stirnseite meist Dr. Barthel als Sozialdezernent, auf der anderen Seite oft Herr Ruchhöft oder ein anderer Vertreter von Sozialamt oder des Jobscenters (früher AFK). Und dann kann´s losgehen.

**Das Szenario:**

Es gibt Anträge und Anfragen. Anfragen werden mehr oder weniger ausführlich von den hohen Herren beantwortet. Fragt die Kasseler Linke nach Einzelheiten über den Umgang mit Erwerbslosen, wird die Antwort so schnell heruntergerasselt, dass niemand sie aufnehmen kann. Eine schriftliche Antwort „überfordert die ohnehin überlastete Verwaltung".

Schon anders sieht's aus, wenn die Anfrage von den Grünen kommt. Die Anfragen der SPD dienen ohnehin meist dazu, den Magistrat oder die Jobcenter - Leitung in den Himmel zu loben.

**Mein letztes Stück**

Meine letzte Erfahrung war besonders ärgerlich. Ich hatte mit anderen zusammen eine Petition – genannt Bürgereingabe – an die Stadtverordneten gerichtet. Die Forderung lautete, einen Sozialpass in Kassel einzuführen, wie es ihn im Landkreis Kassel, im Landkreis Schwalm–Eder und in weit über 100 anderen Städten und Kreisen gibt. Einfach eine Bescheinigung für alle Bezieher staatlicher Leistungen zum Lebensunterhalt, mit der sie verbilligte Angebote der Stadt (z.b. Bibliotheken, Schwimmbäder, VHS) in Anspruch nehmen können. Möglichst mit einem Kärtchen wie der Ehrenamtscard, nicht diskriminierend und unbürokratisch.

**1. Szene:**

Die Eingabe stammt vom Juni 2010. Bei der ersten Sitzung bestand noch Beratungsbedarf, der Punkt wurde geschoben. Es waren mehr als 10 Bürgerinnen und Bürger wegen dieses Punktes gekommen. Niemand verlor ein Wort darüber, dass sie nun vergeblich gekommen waren.

Die Öffentlichkeit darf kein Wort mitreden – das fällt natürlich schwer, wenn es um die eigene Sache geht. Deshalb wurde von der Kasseler Linken beantragt, dass ich als sachkundige Bürgerin bei der nächsten Sitzung dabei sein darf.

Also bereitete ich mich ordentlich vor. Sachkundige BügerInnen werden oft sehr ausführlich gefragt und haben lange Zeit für die Erklärung des Sachverhalts. Als ich hinkomme, erfahre ich, dass just am Vortag beschlossen wurde, dass ich als Verfasserin zwar ein Recht habe, die Eingabe zu erläutern, allerdings nur drei Minuten lang! 3 Minuten zur sachkundigen Erläuterung eines Anliegens: Man sieht, wie die Mehrheitspolitiker die Sachkunde ihrer BürgerInnen schätzen!

**2. Szene:**

Nachdem ich die wichtigsten Argumente für einen Sozialpass in 3 Minuten Redezeit gezwängt hatte, äußerten die Grünen ihre Verwunderung darüber, dass keine Stellungnahme des Magistrats vorlag, trotz der Bitte um eine Stellungnahme innerhalb von 4 Wochen bei jeder Bürgereingabe. Dr. Barthel anwortete, dass die Stellungnahme im Amt des Oberbürgermeisters erarbeitet wird. Er könne dazu nichts sagen. Daraufhin wurde der Punkt zum zweiten Mal vertagt.

Hätte man das nicht wenigstens sagen können, als der Punkt aufgerufen wurde? Nein, es gehört zu diesem Spiel, dass ich für blöd verkauft werde, ins Leere laufe, meine Argumente darstelle und erst hinterher heißt es: Ätsch, wird nicht behandelt. Verschoben ist der Punkt übrigens nicht nur auf den nächsten Termin, sondern solange, bis die Stellungnahme von OB Hilgen endlich vorliegt. So kann man eine Eingabe bis zum St. Nimmerleinstag verschieben. Das ist Hilgens versprochene Bürgernähe!

Dazu kommt noch der Gesichtsausdruck und die Stimme von Dr. Barthel: verächtlich und vollkommen sicher in der Arroganz der Macht. So haben es alle erlebt, die erneut und vergeblich gekommen waren. Und was ist nun der Zweck von alledem? Es muss verhindert werden, dass irgendeine Verbesserung für den ärmeren Teil der Kasseler Bevölkerung beschlossen wird. Wer arm ist, soll arm bleiben, gehorchen und die Schnauze halten!

**3. Szene:**

Die Krönung ist die Reaktion auf Axel Selberts (Kasseler Linke) Antrag, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, das Für und Wider der Bürgereingabe aber schon einmal zu diskutieren. Der Ausschuss blockiert dieses Ansinnen. So ist's nicht vorgesehen, das geht doch nicht. Verschieben heißt doch nicht unbedingt Ende der Debatte.

Und als Axel Selbert dann noch einwarf, dass der Sozialausschuss dem Magistrat doch vielleicht wertvolle Anregungen und Argumente mitgeben könnte, war der Teufel los: alle schrien durcheinander. So einen verrückten Vorschlag hätten sie noch nie gehört! Dass die Stadtverordneten dem Magistrat Argumente liefern, unmöglich! Das gibt's nur umgekehrt: von oben nach unten. Die da oben wissen, was gut für uns ist. Die Stadtverordneten können es abnicken oder – wenn sie der Opposition angehören – ablehnen. Mehr Mitbestimmung gibt's nicht. Kommunale Demokratie in Kassel – Hauptsache unsozial.

**Nachtrag und Vierte Szene: Der Berg kreist und gebiert ein Mäuschen**

Da ein diskriminierungsfreier Ausweis sowohl Dr.Barthel als auch SPD und Bündnis 90/Grüne „sehr am Herzen liegt", haben sie den Antrag nicht abgelehnt (hat die bevorstehende Wahl etwa damit zu tun?), sondern „wohlwollend zur Kenntnis genommen". Beschlossen wurde, dass die Frage des Passes im Sommer neu bedacht wird, in der Hoffnung, dass der Bund mit der Chipkarte das Problem für sie erledigt. Das wird mit Sicherheit nicht so sein. Mehr war nicht drin.

Merkt euch, liebe Kasseler Linke: Dr.Barthel ist „gern bereit, einen Ausweis ohne zu hohen Aufwand auszustellen , also eine pragmatische Lösung mit überschaubaren Kosten" – jetzt ist es an euch, ihn im Sommer beim Wort zu nehmen – der Vorhang ist noch nicht gefallen.

Petra Aulepp



MAGISTRATSGERANGEL

# Wer macht in Kassel die Stadtplanung?

**Wer ist in Kassel eigentlich für die kommunale Entwicklungsplanung zuständig?**

Das ist eine leichte Frage, könnte man meinen. Leicht zu beantworten deshalb, weil es ja in den meisten Kommunen dafür Planungsämter oder Ähnliches gibt und im Magistrat einen dafür zuständigen Dezernenten. In Kassel ist das aber anders. In unserer Stadt erfüllen diese wichtige Aufgabe vornehmlich der OB selbst und sein Kämmerer Dr. Barthel, der - wenn er nicht gerade als Sozialdezernent sein Unwesen treibt - selbst Schwimmbadstandorte festlegt und Gewerbegebiete entwickelt.

Falls Sie - liebe Leser/in - das nicht glauben wollen: Es stimmt leider. Bedauerlicher Weise entstehen dadurch, dass die beiden SPD - Strategen im Kasseler Magistrat das große Planungsgeschäft selbst erledigen, leider keine Modellprojekte oder sonstwie Vorzeigbares, sondern das genaue Gegenteil. Entweder scheitern die Projekte der beiden Oberstrategen oder sie gehen erkennbar in die falsche Richtung.

So hat sich der OB monatelang von einem windigen Investor an der Nase herumführen lassen. U.a. daran ist „sein“ Projekt der Multifunktionshalle auf den Giesewiesen im Süden der Stadt gescheitert. Unser Rat, auf ein realistisches Modell zu setzen und die vorhandene Eissporthalle mit klugen Investitionen in die „Neuzeit zu katapultieren“, ist natürlich nicht aufgegriffen worden.

Aber auch nach dem peinlichen Scheitern des ersten Versuchs konnte der OB die Finger nicht von dem Ruhm und Stimmen versprechenden Projekt lassen. Ohne die notwendigen Standortuntersuchungen und -analysen gemacht zu haben, verspricht er dem zweiten Multifunktionshallen - Investor, Herrn Rossing - Tausende von Quadratmetern Rathausbüroflächen bei Salzmann in Bettenhausen, um dessen Investition rentierlich zu machen.

Glücklicherweise wird er, aber nur weil gerade Kommunalwahlen sind, von den Grünen und ihrem für solche Projekte eigentlich zuständigen Bau- und Planungschef, Herrn Lohse, in letzter Minute ausgebremst. Jetzt steht Kassel, nach vielen Jahren selbstherrlicher, oberbürgermeistlicher Entwicklungsplanung in Sachen Multifunktionshalle, (die ja beileibe nicht nur für Sport wie Eishockey etc. hätte genutzt werden sollen), gänzlich ohne Halle da.



Beim Schwimmbadthema sieht es leider nicht viel anders aus. Es wird zwar gebaut inzwischen, allerdings an der falschen Stelle. Und das, weil der SPD - Kämmerer, unbehelligt vom OB bzw. seinem damaligen Magistratskollegen, Herrn Witte, mit völlig verengtem Blickwinkel und ohne die Experten der Verwaltung in Ruhe die Lageuntersuchungen hinsichtlich der Eignung möglicher Standorte im Stadtgebiet in Ruhe abschließend durchführen zu lassen, einen napoleonischen Alleingang praktiziert hat.

Das Ergebnis ist fatal. Statt die Versorgung der Stadtteile mit günstig zu erreichenden Bädern sicherzustellen, werden jetzt, auf Barthels Geheiß, erst mal zwei Standorte platt gemacht (City und Ost) und am Auedamm, an der sensibelsten Stelle im Stadtgebiet - mitten in der Aue - ein neues Spaßbad gebaut.

Diese Fehlentscheidung wird viele negative und teuere Konsequenzen haben: Einerseits ist der Innenstadt (ganz ohne Not) eine wichtige und belebende Funktion entrissen worden, andererseits werden am Auedamm noch viele ergänzende Investitionen nötig sein, um das Schwimmbad dort einigermaßen erreichbar zu machen.

Jedes Jahr muss die KVG dafür 550.000 Euro zusätzlich ausgeben, dass das Bad mit dem Bus erreichbar ist. Besonders schwierig wird es für die Schul- und Kitakinder, die nun deutlich länger zum Schwimmbad brauchen als vorher. Von Ökologie, Hochwasserschutz und zukünftigen Mehr- und sonstigen Kosten ist hier noch gar keine Rede. Die Gesamtrechnung wird am Ende ohnehin der Kasseler Bürger aufgetischt bekommen.

Ganz ähnlich sieht es mit der Gewerbentwicklung aus. Statt die interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben und städtische gewerbliche Brachflächen kreativ zu aktivieren, setzt Barthel einseitig auf den Ausbau des Langen Feldes im Süden der Stadt. Damit wird - ließe man Ökologie, Mikroklima, Verkehrsbelastung in der Frankfurter Straße und Kosten mal beiseite - das allerletzte Flächenpotential der Stadt verhökert. Auch dabei ist Dr. B. seit Jahren Motor und treibende Kraft. Einen Dezernenten für Planung und Entwicklung, der das gestoppt oder zumindest problematisiert hätte, den gab’s in Kassel in den letzten Jahren leider nicht.

Wir fragen uns: soll das so weitergehen in Zukunft? Müssen tatsächlich, obwohl die Stadtverwaltung Kassel im Planungs- und Entwicklungsbereich ganz unstrittig mit ausreichender Sachkompetenz gesegnet ist, immer nur die Herren Barthel und Hilgen alles vorgeben und entscheiden? Wir meinen, dass sich zumindest nach den Wahlen die Konstellation in der Stavo und im Magistrat so verändern sollte, dass die Entscheidungen in den Zukunftsfragen der Stadtentwicklung wieder dort vorbereitet werden, wo der Sachverstand dafür vorhanden ist. Im Dezernat für Planen und Bauen.

In diesem Zusammenhang noch ein kleines, aber wichtiges Detail am Rande: Jetzt, wo das Schwimmbad in der Mauerstraße, das Bad der kurzen Wege und der optimalen Erreichbarkeit, abgerissen werden soll, wird das Planungsamt beauftragt (laut HNA vom 24. Januar 2011), Analysen in Bezug auf die Folgenutzung anzustellen. Das ist gut so. Das Planungsamt kann das.

In die Untersuchung soll sogar das parallel zur Kurt-Schuhmacherstraße hin vorgelagerte Diakoniegebäude mit einbezogen werden. Auch das ist richtig. Warum aber, Herr Dr. Barthel, haben Sie das nicht gleich gemacht? Zum einen das Planungsamt mit der Standortuntersuchung für das städtische Bäderkonzept beauftragt und zum anderen das nicht benötigte Gebäude der Diakonie Göttingen in die Planung für das neue Hallenbad mit einbezogen? Hätten Sie was vom Geschäft verstanden, hätten Sie das gleich so gemacht und wir hätten heute und für die Zukunft, das gehabt, was die Stadt, seine Bürger und Kinder brauchen: Ein renoviertes Flussbad in der Aue und ein schönes, neues Spaß-Hallenbad in der City mit der für alle Nutzer optimalen Lage.

Aber auch da haben Sie nicht auf uns gehört. Wir hoffen, dass die Wähler ein gutes Gedächtnis haben und sich an Ihre planerischen Fehlleistungen bei den Wahlen im März noch gut erinnern.

Auch aus stadtplanerischer Sicht können wir nur zu einer Wahlempfehlung kommen:

Wählen Sie am 27. März bei den OB-Wahlen Kai Boeddinghaus und bei den Kommunalwahlen die Liste der Kasseler Linken, die Liste 6.

E. Jochum

STADTTEILPOLITIK

# Kasseler Linke kandidiert für die Nordstadt

**Die Kasseler Nordstadt (offiziell: Stadtteil Nord-Holland) reicht von der nördlichen Stadtgrenze (Endhaltestelle der Straßenbahn „Holländische Straße“, Rohrwiesenweg, ehemaliger Bahr-Markt) bis zum Stern und zum Lutherplatz, von der Heckershäuser Straße bis zum Quellbachweg, von der Altmüllerstraße / Reuterstraße bis zur Mönchebergstraße / Universität. Sie ist der zweitgrößte Stadtteil in Kassel mit rund 14000 EinwohnerInnen.**

Die Nordstadt hat kein klassisches „Zentrum“, keinen Mittelpunkt, keinen zentralen Platz. Die Holländische Straße als Hauptverkehrsader der Stadt Kassel in Richtung Norden ist – mit all ihren Problemen - die zentrale Achse des Stadtteils.

Wo früher vorwiegend Arbeiter (z.B. der Henschel-Werke und der Gottschalk-Fabrik) wohnten, hat sich ein enormer Wandel vollzogen. Heute gibt es einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und die Universität zieht immer mehr Studierende und Angestellte in die Nordstadt. Beides sollten wir als Chance begreifen und nutzen.

In der Nordstadt gibt es aber auch Kriegswaffenproduktion (z.B. Krauss-Maffei Wegmann) und leer stehende Industriegebäude. Wir werden uns für die Nutzung leer stehender Hallen für soziale Projekte und für die Produktionsumstellung der Rüstungsfirmen auf zivile Produktion einsetzen.

Wir fordern, den Gütertransport der Firmen verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Damit würde ein Großteil der Lärmbelästigung in Nordstadt beseitigt.

Viele der Hartz IV-EmpfängerInnen und andere BewohnerInnen der Nordstadt müssen besser über ihre Rechte (z.B. Mietrecht) aufgeklärt werden. Die Information der EinwohnerInnen über geplante größere Bauprojekte (z.B. Einkaufsmärkte) muss deutlich verbessert werden. In die Verkehrs- und Bebauungsplanung müssen die EinwohnerInnen einbezogen werden.

Zudem gibt es mehrere illegale Müllplätze in der Nordstadt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese konsequent beseitigt werden. Z.B. die Beseitigung der „Müllhalde“ auf dem unbebauten Grundstück Westring – Ecke Holländische Straße – unter Ausnutzung aller ordnungsrechtlichen Möglichkeiten.

Einsetzen wollen wir uns schwerpunktmäßig für Verbesserungen in der sozialen Arbeit und für bessere Bildungsangebote. Wir treten ein für eine Integrationspolitik, die über Integration nicht nur redet (und schreibt), sondern konkret handelt. Überfällige Veränderungen in der Verkehrs- und Umweltpolitik müssen sich positiv vor allem für die BewohnerInnen an den stark belasteten Hauptverkehrsstraßen auswirken.

Unsere neu gegründete Stadtteilgruppe wird sich schrittweise mit diesen Schwerpunkten befassen. Wir wollen uns im Stadtteil mit unseren Ideen und neuen Initiativen einbringen. Die Anregungen der EinwohnerInnen sind uns dabei natürlich willkommen.

Wir haben schon jetzt folgende Forderungen:

- Sicherung und Ausbau der Kinderbetreuung
- Ausbau des Angebots an Ganztagsschulen
- Bessere Eltern – Kind – Angebote im Bereich der Integrationspolitik
- Lärmschutzkonzept für die Wohnbereiche an der Holländischen Straße
- Mehr gesicherte Querungsmöglichkeiten an der Holländischen Straße für Fußgänger
- Verbesserung der Radwege-Verbindungen im Stadtteil
- Schlüssiges Verkehrskonzept für den Campus Nord, ohne Erhöhung der Verkehrsbelastung für das angrenzende Wohngebiet, insbesondere für die Mombachstraße und den Nordstadtpark
- Sicherung fußläufiger Zugänge bei der Genehmigung von Einkaufsstätten und Supermärkten und Nachbesserung am Westring bei Rewe/ Aldi für die Fußgänger, die sich die Zufahrt mit den PKW „teilen“ müssen.
- und nicht zuletzt: bessere Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Ortsbeiräten

Wir schätzen in der Nordstadt die Arbeit der vielfältigen sozialen, kulturellen, Bildungs- und Sporteinrichtungen im Stadtteil, wie zum Beispiel das Kulturzentrum Schlachthof, Jafka, das Stadtteilmanagement und die Buntstift gGmbH, sowie die Mieterbeiräte, um nur einige zu nennen. Deren Wirkungsmöglichkeiten müssen erhalten und ausgebaut werden. Auch dafür werden wir uns einsetzen.

**Zur Wahl des Ortsbeirates kandidieren:**



Steven Lavan, Schillerstraße
Jutta Singh-Kaushal, Oestmannstraße
Miklas Lacorn, Holländische Straße
Mike Friedrich,
Gerald Kleinhempel, Struthbachweg
Ali Timtik, Gottschalkstraße
Renate Gaß, Fichtnerstraße
Varia Antares, Rothenditmolder Straße
Sebastian Zintel, Josef-Fischer-Straße

Nähere Informationen finden Sie demnächst unter:
www.linke-nord-holland.de

Für Fragen und Anregungen erreichen Sie uns unter folgender Mailadresse:
nord-holland@kasseler-linke.de



# Am 27. März 2011 Kasseler Linke wählen

**Gehen Sie wählen am 27.03.2011! Wählen Sie Kai Boeddinghaus, unseren OB Kandidaten!**

Es gibt viele Gründe, Ende März 2011 die Kasseler Linke zu wählen, die Liste 6. Genau so viele Gründe wie die anderen, als da sind - SPD+CDU+FDP+GRÜNE - nicht zu wählen.

Warum, werden Sie fragen, soll ich dieses Mal gerade „links“ wählen? Sind die Abgeordneten der Kasseler Linken wirklich besser? Lohnt es sich, einer noch unter 10 Prozent liegenden Fraktion die Stimme anzuvertrauen? Die Linken werden dann ja wieder „nichts zu sagen“ haben, keine Anträge durchbringen etc. Und außerdem sitzen sie ja nicht im hauptamtlichen Magistrat, also in der kommunalen Regierung, die im Moment noch von der SPD und den Grüne gestellt wird.

Auch wenn die Kasseler Linke den hauptamtlichen Magistrat noch nicht „erobert“ hat, so hat sie doch

- erfolgreich verhindern helfen - zusammen mit einer spür- und hörbaren außerparlamentarischen Bewegung - dass der erneute Versuch von OB Hilgen und Dr. Barthel, die Städtischen Werke zu privatisieren bzw. weitere Teile der Werke an Private zu verscherbeln, gescheitert ist.
- dafür gesorgt, dass der skandalöse Verzicht auf den Einsatz von Fördergeldern zur Qualifikation Arbeitsloser in Höhe von etwa 50 Millionen Euro öffentlich wurde.
- geschafft, dass es nun auch in Kassel möglich ist, „Bürgereingaben“, d.h. kommunale Petitionen einzureichen und
- erreicht, dass der skandalöse Kasseler HartzIV-Betrug gestoppt und die illegale Pauschalierung der Unterkunftskosten für LeistungsbezieherInnen abgeschafft wurde.

Damit wachsen die Bäume der Kasseler Linken in der Tat nicht in den Himmel, aber dennoch ist das eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Zum einen nützt sie denen in der Stadt, die keine Lobby haben. Sie bekommen jetzt - wenig genug - was Ihnen nach dem Gesetz für Miete und Heizkosten zusteht. Zum anderen bleiben die Städtischen Werke mehrheitlich bei der Stadt, was politischen Handlungsspielraum auf lange Sicht sichert.

Aber nicht nur die Leistungen der fleißigen, phantasievollen und ideenreichen Fraktion der Kasseler Linke in der zurückliegenden Legislaturperiode sprechen dafür, sie stimmenreich wieder und neu zu wählen. Es sind auch die Ideen, Forderungen und Vorschläge unseres OB Kandidaten Kai Boeddinghaus und der neuen Kandidatinnen, die für eine Wahl der Kasseler Linken sprechen. DasWahlprogramm ist lesenswert. Sehen Sie es sich an im Internet unter :

www.kasseler-linke.de/wahlprogramm

oder holen Sie sich ein Exemplar an den Info-Tischen, die wir bis zu den Wahlen jeden Freitag und Samstag in der Innenstadt anbieten.

- Wer ein sozialeres und ökologischeres Kassel haben will,
- wer sich mehr Transparenz wünscht und wissen will, was wirklich läuft im Rathaus und
- wer auf eine neue, kreative und ideenreiche Politikentwicklung setzen möchte und nicht mehr nur das inflationäre Geschwätz von der Alternativlosigkeit in der Politik von SPD+CDU+FDP+GRÜNE hören will,

der muss am 27. März die Liste der Kasseler Linken, die Liste 6 wählen.

E. Jochum

## Wahlveranstaltungen

24. 02. Kommunale Energieversorgung mit Janine Wissler MdL 19 Uhr, Büro Berlepschstraße

02.03. Mikrokosmos Nordstadt. Mit Ali und Ortsbeiratskandidaten Thema: der Parkhausbau im Nordstadtpark Bei Ali, 19.30 Uhr, Gottschalkstraße

14. 03. Öffentlicher Dienst - zwischen Herausforderungen, Schulden und Bremsen 9 Uhr, DGB Haus Kassel

15. 03. HNA Lesertreff zur OB Wahl 19 Uhr, Ing. Schule Kassel, Wilhelmshöher Allee

21. 03. Flughafen Calden: Mehrkosten im Vorfeld der Kommunalwahl mit Sabine Leidig, Steffi Weinert, Marjana Schott, Moderation: Murat Cakir 19 Uhr, Cafe Buchoase

## Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

27.3. Kommunalwahl + OB Wahl +
Volksabstimmung Schuldenbremse
10.4. Stichwahl des Oberbürgermeisters

Jeden Donnerstag 14.00 - 15.00 Uhr,
Die Linke Schillerstr. 21 Bürgersprechstunde zu ALG I und ALG II für Stadt Kassel und Kassel Land
nicht in den Schulferien

Aktuelle Termine findest Du unter
**www.kasseler-linke.de/termine**


## Impressum

linKS zeitung

*Herausgeber: Kasseler Linke*
*ViSdP: Norbert Domes*
*Red: Eckhard Jochum*
*Schillerstraße 21 , 34117 Kassel*
*Tel 0561 787 3315,*
*E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de*
*www.kasseler-linke.de*
*Auflage: 8.000*
*Druck: Grafische Werkstätten*
*Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth*


+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.